

Zum Priorisierungsprozess in der Evangelischen Kirche der Pfalz

Erweiterte Fassung der Thesen, präsentiert bei der Mitgliederversammlung des Vereins Pfälzischer Pfarrerinnen und Pfarrer am 12.11.2025 im Gemeindesaal der Lutherkirche Kaiserslautern

1. Die Kirche wird kleiner und ärmer. Es ist wichtig, dass wir uns darauf einstellen. Deshalb ist es gut, dass die Landessynode in ihrer Verantwortung für die Zukunft unserer Landeskirche vor zwei Jahren einen **Priorisierungsprozess** gestartet hat.

Inzwischen werden allerdings nicht nur Aufgaben (und Ausgaben) priorisiert, sondern weit über mögliche Einsparziele hinaus grundlegende Änderungen der Struktur und Verfassung unserer Landeskirche geplant. Sie wurden in internen Kommunikationsprozessen von Landessynoden und ausgewählten Beteiligten entwickelt und werden nun als **Transformationsprozess** vorgestellt.

2. Den **Kirchengemeinden** werden in dem geplanten Transformationsprozess die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (KdöR) entzogen. Sie sollen ihre Gebäude und einen Teil ihres Vermögens an die Kirchenbezirke abgeben.

Körperschafts-, Eigentums- und Haushaltsrechte werden bei wenigen (geplant: vier) **Groß-Dekanaten** (und der **Landeskirche**) mit hohen Steuerungsmandaten gebündelt. Die Dekanate sind sehr großflächig konzeptioniert, mit weiten Entfernung und disparater Zusammensetzung.

Die Dekanate bilden nach innen (geplant: bis zu sieben) wiederum meist sehr großflächige **Region-Gemeinden**, denen Pfarr- und andere hauptamtlich tätige Personen in gemeinschaftlich verwalteten Pfarrämtern zugeordnet werden. Überkommene Pfarrämter hören auf zu bestehen.

Damit wird die bestehende Ordnung unserer pfälzischen Kirche entkernt und mit verstärkter zentraler Steuerung neu aufgebaut.

Eine derartige Umgestaltung unserer presbyterian-synodal verfassten Kirche hin zu einer stärkeren und -vermeintlich effektiveren zentralen Steuerung braucht in einer protestantischen Kirche, zumal einer Kirche unserer Prägung mit ihrer starken in der reformierten Theologie der Reformationszeit und im demokratischen Aufbruch des 19. Jahrhunderts wurzelnden Tradition, eine eingehende **ergebnisoffene Kommunikation und breite Beteiligung**, und dies von Anfang an, damit mögliche Alternativen verantwortungsvoll abgewogen werden können. Alternativlos ist wohl nichts in unserer Welt und, entgegen landeskirchlicher Darstellung, auch nicht in unserer Kirche.

3. Die **Entwicklung der kirchlichen Arbeit** in den letzten Jahrzehnten hat auf die Differenzierung der Gesellschaft zu reagieren versucht. Sie hat die hauptamtliche Tätigkeit in unserer Kirche immer stärker differenziert, spezialisiert und professionalisiert und dazu eine große Zahl neuer Einrichtungen und Stellen geschaffen, etwa in den Bereichen Seelsorge, Pädagogik, Bildung, Gesellschaftsbezug etc.

Damit wurde allerdings, konsistorialem Denken folgend, die **Hierarchisierung** kirchlicher Arbeit verstärkt. Mittel und Personal wurden nicht Gemeinden zugewiesen, sondern vor der Verteilung der Kirchensteuermittel dem Entscheidungsbereich der Landeskirche (Kirchenregierung und Landeskirchenrat) zugeordnet, vgl. z.B. im Pfarrerkalender die Zahl der Gemeindepfarrstellen gegenüber den Stellen bei Landeskirchenrat, Gesamtkirchlichen Diensten, Dienstleistung etc.

4. Der jetzt geplante **Transformationsprozess** folgt dem Ansatz bei landeskirchlichen Strukturen. Die Kirche bleibt **staatsanalog**, zentral und hierarchisch strukturiert. Mehr noch: Sie verstärkt ihre staatsanaloge zentrale Struktur und mindert die Bedeutung, Verfügungsgewalt und Einflussmöglichkeit der Kirchengemeinden. Sie versucht damit wohl, die **volkskirchliche Struktur unserer Kirche** in eine Zeit hinein fortzusetzen, in der die Mitgliederzahlen und die Finanzmittel deutlich kleiner werden. Sie will weiterhin flächendeckend arbeiten und tut dies mit deutlicher ausgebauter zentraler Steuerung. Sie hält fest an Strukturen, die von oben gedacht sind, baut sie aus, gerade mit einer deutlich verstärkten „mittleren“ Ebene. Sie traut sich jedenfalls nicht, umfassend neu anzusetzen bei Gemeinden, die miteinander die Kirche bilden.

In diesem Prozess unterstützen sich offenbar die Landeskirchen und ihre Leitungen auf EKD-Ebene in den letzten Jahrzehnten gegenseitig. Man möchte die staatsanaloge Struktur evangelischer Kirche stützen, zumal

die römisch-katholische Kirche ja ohnehin an ihrer zentralen Struktur festhält. Man möchte offenbar **keinesfalls Elemente einer freikirchlichen Organisationsform** mit einem größeren Gewicht der Gemeinden jetzt schon fördern, bevor der Druck dazu vielleicht einmal unausweichlich wird. Zu einem Aufbau der Kirche „von unten“, von den Gemeinden her, fehlt der Mut.

5. Die jetzt geplanten Entwicklungen werden mit **notwendigen Einsparungen** begründet. Aber die mit den vorliegenden Konzepten möglichen Einsparungen können derzeit nicht auch nur annähernd in einer Höhe beziffert werden, die dem definierten notwendigen Einsparziel von 60 Mio. in zehn Jahren entsprechen. (Kienbaum spricht beim Wegfall der Rechte einer KdÖR der Kirchengemeinden von einem Einsparpotential von 0,9 Mio. bei den Verwaltungämtern und vermutlich einigen weiteren 100.000 bei der Landeskirche.)

Angesichts dieser Zahlen erscheint die geplante Verfassungsänderung mit der Neuverteilung der Rechte von Landeskirche, Kirchenbezirken und Kirchengemeinden **deutlich weniger dringlich als ein ernsthafter Prozess, wirkliche, effektive Sparmaßnahmen aufzuspüren und zu verfolgen**. Zumal bei einer Bündelung von Verwaltungsaufgaben in Groß-Dekanaten dort sicher ein größerer Aufwand entsteht, der den vermuteten Einsparpotentialen entgegensteht.

6. Deklariert und zusätzlich beworben werden die geplanten Entwicklungen als **Entlastungsmaßnahmen** für allfällig unter verwaltungsmäßiger Belastung stöhnenden Gemeinden, Presbyterien und Pfarrpersonen und ehren- und hauptamtlich Mitarbeitenden. Wo den Gemeinden und Presbyterien Entscheidungsbefugnisse entzogen werden, wird auf geplante Mitsprachemöglichkeiten und das Angebot verwiesen, dass Haupt- und Ehrenamtliche sich auf die Kernfunktionen des Gemeindelebens konzentrieren können.

Eine Erhebung, ob Gemeinden und Pfarrpersonen und andere haupt- und ehrenamtlich in ihnen Mitarbeitende die unterstellte Sichtweise teilen, wurde nicht vorgenommen.

7. Entscheidungsbefugnisse und „Macht“ werden in dem geplanten Transformationsprozess **von „unten“ nach „oben“** verlagert. Gestärkt werden die Ebene der Landeskirchliche und die darunterliegende Kirchenbezirksebene. (Die vor wenigen Jahren vollzogene Neudeinition des Dekansats mit der Freistellung von Gemeindearbeit erscheint im Rückblick als eine gezielte Vorbereitung der nun geplanten Konzentration von Verwaltungsaufgaben auf der Ebene der geringen Anzahl von Kirchenbezirken.)

Dies ist eine deutliche **Abkehr von der** bisherigen Ausprägung der **presbyterian-synodalen Struktur** unserer pfälzischen Kirche, die von den Gemeinden her aufgebaut ist.

Die Kirche wird künftig (noch) stärker als bisher von Bürokraten und Funktionären gesteuert. In einer solchen Kirche wird **Nähe durch Distanz ersetzt**. Ortsnahe Mitsprache- und Entscheidungsbefugnisse werden zurückgenommen und ortsferneren Gremien zugewiesen, deren Entscheidungen nicht durch engen Bezug zur Basis „belastet“ sein werden.

8. Dieser Umbau unserer Kirche wird wohl an der **Motivation** bisher engagierter haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitender zehren. Die Bereitschaft zur Mitverantwortung und Mitgestaltung wird vermutlich eher sinken.

Der geplante Umbau wird vermutlich Menschen in den Gemeinden eher dazu bringen, sich von der **von der Kirche zurückzuziehen**. Insofern erscheint Der geplante Transformationsprozess weniger als eine Maßnahme zum Kirchenaufbau oder wenigstens zu ihrer Konsolidierung, sondern eher als ein Beitrag zu ihrem weiteren Niedergang, der den Prozess des zunehmenden Bedeutungsverlusts der Kirche beschleunigt, so etwas wie ein weiterer Totengräberdienst an der Kirche wie andere im Zeitalter der Selbstsäkularisierung unserer Kirchen zuvor. Ich bin in Sorge um unsere Kirche.

9. Wichtig und dringlich erscheint mir neben den bisher eingebrachten (eher schwachen) historischen, soziologischen und praktisch-theologischen und (deutlicheren) finanziellen Argumenten ein offener **theologischer Diskurs** über Ziel und Aufgabe der Kirche:

Wo lebt christlicher Glaube? Wo findet er Unterstützung und Stärkung? Wie wird Glaube vermittelt? Wie können Menschen für den Glauben gewonnen werden und ihn als hilfreich und tragend für ihr Leben entdecken? Welche Begegnungen braucht es dazu? Wie wichtig sind Personen? Wie bedeutsam sind Beziehungen, Gemeinden? Wie und wo können Menschen die biblische Überlieferung als bedeutsam erleben

für ihr eigenes Leben? Wie können sie von Gottes Geschichte mit uns Menschen erfahren, von seiner Freundlichkeit und Barmherzigkeit, seiner Bereitschaft, uns mit unserer Schuld anzunehmen, uns seinen Geist zu geben, der uns freimacht und stärkt und uns an seinem Leben teilhaben lässt? Wo können sie diese Erfahrung einüben? Wie erreicht dies Kinder und junge Menschen? Welche Rolle spielt der Gottesdienst? Welche spielen andere Gruppen in der und um die Gemeinde? Welche Rolle spielen gelegentlich aufploppende besondere ephemere Events? Besondere Themengottesdienste, Segensveranstaltungen? Wie verlässlich und tragfähig ist ihre Wirksamkeit? Wieviel dauerhafte Angebote braucht es, um unseren christlichen Glauben als hilfreich fürs Leben anzubieten?

Vielleicht das Ganze auch zugespitzt auf eine kleine, aber wichtige praktische Frage: Wie können Mitglieder für die Kirche am besten gewonnen und gehalten werden?

10. **Erfahrungen der Kirchengeschichte und der weltweiten vielgestaltigen Kirchen** können Hinweise geben, wie Kirche sich in Gemeinden und aus Gemeinden aufbaut. Quer durch die Geschichte und in allen christlichen Konfessionen weltweit lebt Kirche in Gemeinden, in ganz unterschiedlichen Formen, aber vielfach doch sehr vital, allesamt in der Nachfolge Christi und mit deutlicher Zukunftsperspektive.

11. Unsere Kirche und die Menschen in ihr brauchen **starke, lebendige Gemeinden**. Alle (wirklich alle!) Kraft – Personal und finanzielle Mittel – müssen dazu verwendet werden, Gemeinden (als „Pflanzstätten evangelischen Glaubens und Lebens“, so unsere jetzige Kirchenverfassung) zu stärken und sie in eigener Entwicklung und nachbarschaftlicher Kooperation zu unterstützen. Es ist für die künftige Entwicklung christlichen Glaubens vermutlich weniger wichtig, relativ großflächige regionale Experimente zu starten, um damit überkommene volkskirchliche Strukturen (Landeskirche, übergemeindliche Dienste, Groß-Dekanate ...) stabilisieren zu wollen.

Stattdessen sollten vorhandene *übergemeindliche Strukturen* im Blick auf ihre missionarische Ausstrahlung, also ihre Bedeutung für die Gewinnung und Bindung von Gemeindemitgliedern (und zuvorderst dafür, Menschen dafür zu gewinnen, den christlichen Glauben als Hilfe für ihr Leben zu entdecken und sich darin einzubüßen) kritisch überprüft und wohl zu guten Teilen reduziert werden. Etwa freiwerdende Stellen von Mitarbeitenden könnten zu Gemeinden hin umgesteuert werden.

12. Experimentelle Veränderungen, die geplant werden, schon gar, wenn sie so grundlegende Veränderungen mit sich bringen, müssen in jedem Fall gewissenhaft überprüft werden. (Die Jahreslosung, Paulus in 1. Thessalonicher 5,21, sagt dies so: *Prüfet alles und behaltet das Gute*, die Unionsurkunde unserer Kirche 1818 formuliert: ... *immerfort auf der Bahn wohlgeprüfter Wahrheit ... mit ungestörter Glaubensfreiheit mutig voranzuschreiten*).).

Einsparpotentiale müssen ehrlich benannt und berechnet werden. Veränderungen sollen behutsam vorgenommen werden. Vielfalt unterschiedlicher Formen und Gestalten von Gemeinden soll zugelassen werden. Der Regelungsdruck kann minimiert, die Eigenständigkeit gestärkt werden. Vor allem: Die **Revisionsoffenheit** und die Rückkehrmöglichkeit zu bisher bewährten Strukturen muss gewährleistet bleiben.

Mein Fazit:

Unsere Kirche muss sparen. Sie muss umsteuern. Sie braucht eine breit getragene **Reform an Haupt und Gliedern**. Aber sie braucht vermutlich keine radikal neue Verfassung.

Sie braucht weiterhin die Orientierung an einer biblisch zentrierten Theologie. Sie braucht starke, lebendige Gemeinden in der Nähe der Menschen. Sie braucht Menschen, die sich dort gern engagieren.

Unserer Kirche werden in ihrer Zukunft sicher Kooperationen und Fusionen von Gemeinden und Dekanaten in jeweils überschaubaren Rahmen guttun, aber sie darf dazu nicht den Gemeinden ihre Selbständigkeit nehmen. Unsere Kirche braucht weniger großflächige regionale Experimente und weniger übergemeindliche Strukturen. Sie braucht mehr Vertrauen in die Basis und Stärkung der Gemeinden.

Und der Erneuerungsprozess braucht mehr Zeit für einen offenen Diskurs über die Ebenen hinweg. Wir brauchen **ein Moratorium**.

Werner Schwartz